

Offener Brief an Bundesfamilienministerin Giffey und die Bundesländer

Sehr geehrte Frau Bundesfamilienministerin Giffey,
sehr geehrte Landesregierungen,

mit diesem Schreiben möchten wir Sie auf die äußerst schwierige Lage hinweisen, in die Sie Alleinerziehende und insbesondere alleinerziehende Selbständige gebracht haben.

Durch den Beschluss, Kitas und Schulen für unabsehbare Zeit zu schließen, haben Sie den im Grundgesetz verankerten staatlichen Erziehungsauftrag an uns Eltern übertragen.

Wir Eltern wurden zwangsrekrutiert und in den Staatsdienst gestellt.

Für die zahlreichen berufstätigen alleinerziehenden Mütter und Väter ist diese Situation unerträglich. Neben der ohnehin schon vorhandenen Doppelbelastung von Familie und Beruf kommt jetzt während der Schließung von Kitas und Schulen der staatlich verordnete Zwang, auch während der Arbeitszeiten parallel die Kinder betreuen zu müssen. Dies ist nicht miteinander vereinbar.

Angestellte Alleinerziehende sind dadurch gezwungen, Überstunden abzubauen. Wenn diese Möglichkeit ausgeschöpft ist, bietet der Staat den betroffenen Müttern und Vätern an, ihnen 67 % ihres Nettoeinkommens zu gewähren.

Sie stellen damit die Betroffenen gleich mit den Beziehern von Arbeitslosengeld I, die gar keiner Erwerbstätigkeit nachgehen. Dies ist in unseren Augen eine beispiellose Herabwürdigung von berufstätigen Alleinerziehenden. Ein 100 %iger Lohnausgleich wäre das Mindeste, was diese in der jetzigen Situation vom Staat erwarten können.

Für selbständige Alleinerziehende, die wie alle Alleinerziehenden auch Alleinverdiener für ihre Familie sind, ist die Kinderbetreuung eine Voraussetzung für ihre Arbeit. Sie übernehmen in der jetzigen Situation nicht nur zusätzlich die Aufgaben von Kita und Schule, sondern können deshalb ihre beruflichen Aufträge aus zeitlichen Gründen nicht mehr erfüllen und erleiden gravierende, existenzbedrohliche Einkommenseinbußen. Wegen vermeintlicher Unzuverlässigkeit stehen außerdem Reputation und Folgeaufträge auf dem Spiel. Die Arbeitskraft der selbständigen Alleinerziehenden ist durch den Staat „gebucht“. Und wer bucht, muss in unseren Augen auch dafür bezahlen . . .

Sehr geehrte Frau Giffey,

sehr geehrte Landesregierungen,

scheinbar sind Sie der Auffassung, dass die Arbeitszeit von Alleinerziehenden keinen (vollen) Wert besitzt. Wir Eltern gehen aktuell nicht nur einer Erwerbstätigkeit nach, sondern gleich mehreren, weil wir parallel zum Job als unbezahlte Hilfskräfte die Aufgaben von Erziehern/innen und Lehrern/innen wahrnehmen müssen.

Gerade in der jetzigen Situation sollte den verantwortlichen Politikern/innen in unserem Staat klar werden, welche eminent wichtigen Wirtschaftsfaktoren alleinerziehende Eltern sowie die Arbeitnehmer/innen im Bereich der Care-Arbeit darstellen. Vor allem von uns Müttern wird erwartet, unentgeltlich jede Hürde zu nehmen. Das ist nicht fair.

Jetzt ist für die Politiker/innen der richtige Zeitpunkt zu zeigen, wie viel ihnen diese Stützpfeiler unserer Wirtschaft wert sind. Zeigen Sie es uns und bessern Sie finanziell nach!

P.S.: Wir möchten Sie höflich darum bitten, unseren Brief bis zum 14.04.2020 zu beantworten. Sollten wir keine Antwort erhalten, werden wir in vielfacher Hinsicht öffentlich aktiv, um unseren Anliegen Nachdruck zu verleihen und eine breite Aufmerksamkeit zu verschaffen.

Herzlichen Dank,

Sina Wollgramm & Silke Wildner (Das AE-Team – Podcast)

Mitunterzeichnet von:

Iskra Danova, Stefanie Bathe, Andrea Köhler, Elena Gebhardt, Denise Koch,
Danja Weber, Kristin Winter, Martina Lohmann, Julia Grallert, Bianca Clauß,
Tanja Kühnlein, Sandra Weinberger, Kristina Niehoff, Simone Hirsch,
Claudia Niedermeier, Stefanie Schmidt, Tanja Kulmus, Meike Siemens,
Kristin Wyrwa, Sylvia Hofmann, Verena Meye, Ireen Einert

9.4.2020 – Mitunterzeichnet von:

Katharina Korte, Kerstin Linnartz, Stefanie Richter, Beatrice Biesold, Gudrun Herre, Nina Albersmann, Vivien Hintz, Anne-Kathrin Gitter, Franziska Klasson, Daniela Schulz, Kathrin Leibfried, Renate Volz, Yvonne Heinz